

Nagelprobe am Rhein

VON MAXIMILIAN PLÜCK

Die Haltung des neuen nordrhein-westfälischen Umweltministers Oliver Krischer in Sachen Rhein ist zumindest konsequent. Anfang der Woche erst hat der Biologe mit einem Besuch in der Eifel den Startschuss für eines seiner Herzensprojekte gegeben: die Rettung der Artenvielfalt. Würde er nur einen Tag später einer Rheinverteilung mit durchaus weitreichenden Folgen für das Ökosystem der Rheinauen das Wort reden, hätte er ein veritables Glaubwürdigkeitsproblem. Allerdings zeigt seine Haltung bereits, um wie viel schwieriger die Regierungsarbeit in einer schwarz-grünen Regierungskoalition werden dürfte, als sie noch in der schwarz-gelben Vorgängerregierung war. Die Wirtschaft warnt bereits vor den massiven Folgen, die das Niedrigwasser für die Unternehmen hat, und pocht auf eine zügige Vertiefung, damit auch in den nun häufiger zu erwartenden Dürrephasen der Transport per Schiff wirtschaftlich darstellbar bleibt. Zudem gilt ausgerechnet die Binnenschifffahrt als eine der klimafreundlichsten Transportmöglichkeiten.

In dieser Zwickmühle wird sich vor allem die stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur bohrende Fragen von Industrielenkern gefallen lassen müssen. Sie selbst hatte das ambitionierte Ziel ausgegeben, Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas umzubauen. Wenn die Industrie allerdings ein Rohstofflieferproblem bekommt, wenn sie für längere Zeit beim Transport von den Wasserstraßen auf Straße und Schiene ausweichen muss, dann gefährdet das eben jene Zielsetzung. Die Frage nach der Rheinverteilung hat das Potenzial, zu einer ersten echten Belastungsprobe für das schwarz-grüne Wunschprojekt zu werden. Die nächste folgt bereits in wenigen Wochen, wenn im Herbst die Räumung des Kohledorfs Lützerath für den Energiekonzern RWE ansteht.

Nukleare Erpressung

VON HOLGER MÖHLE

Wladimir Putins Krieg in der Ukraine ist brutal, verbrecherisch, skrupellos, zynisch. Dem Machthaber im Kreml sind eigene Opfer weitgehend egal, erst recht Verluste aufseiten der Ukraine. Putin will das Nachbarland zerstören, wenn er es schon nicht vollständig einnehmen kann – und das Volk der Ukrainer vernichten. Dazu sind ihm (fast) alle Mittel recht. Der russische Präsident spielt damit nicht nur mit dem Feuer. Er riskiert sogar einen „größten anzunehmenden Unfall“, kurz: Gau, seit seine Truppen Europas größtes Atomkraftwerk in Saporischschja besetzt haben.

Natürlich betont Russland aktuell, Inspektoren der Internationalen Atom-Energieagentur könnten den Meiler inspizieren, ob dort noch ein sicherer Betrieb möglich sei. Doch dann verzögert Moskau den Zugang internationaler Experten zum Reaktorgebiet. Saporischschja bietet ihm die perfekte Drohkulisse, weil Europa den Atem anhalten müsste (und nicht nur das), sollte sich in dem ukrainischen Atomkraftwerk ein größerer Unfall, vielleicht auch der „größte anzunehmende Unfall“ ereignen. Hoffentlich nie!

Die Folgen wären katastrophal. Ganz Europa muss alarmiert sein, weil in einem derart unberechenbaren und gnadenlosen Krieg, wie ihn die Welt seit bald sechs Monaten in der Ukraine verfolgt, auch ein Unfall „aus Versehen“ möglich ist. Die Inspektoren brauchen jedenfalls dringend Zugang auf das Gelände. Seine Soldaten am Reaktor in Saporischschja würde Putin opfern, ohne mit der Wimper zu zucken. Allerdings muss auch er befürchten, dass im Falle eines Unfalls die atomare Wolke vom Wind nach Russland und weiter nach Moskau getragen wird. Dann hätte auch Putin ein Problem. So bleibt es beim Erpressungspotenzial – zündeln mit der atomaren Gefahr. Ein Gau aus Versehen? Den Krieg in der Ukraine hat der Kreml-Herrscher jedenfalls nicht aus Versehen losgetreten.



WELTKRIEGER

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Die Abberufung der ARD-Chefin und RBB-Intendantin Patricia Schlesinger bringt wieder die alte Frage auf den Tisch, wie zeitgemäß die öffentlich-rechtlichen Medien sind. Für einen Abgesang allerdings sind sie einfach zu gut.

Eine Senderfamilie mit Problemen

VON RÜDIGER FRANZ

Sie sind der Meinung: Das war spitze! Dem Fernsehpublikum der 70er-Jahre ist Hans Rosenthals Luftsprung, festgehalten im Standbild und bejubelt von den Gästen der ZDF-Show „Dalli Dalli“, ins Gedächtnis gebrannt. Abendshows von Hans-Joachim Kulenkampff, Joachim „Blacky“ Fuchsberger, Rudi Carrell, Wim Thoelke oder eben Hans Rosenthal, der jede Sendung mit einem herzerwärmenden Gruß an die Zuschauer in der DDR eröffnete, gehörten gewissermaßen zum Leben.

Sie sind der Meinung, das war die Spitze des Eisbergs? Im Knäuel von Affären um Patricia Schlesinger, die zunächst als ARD-Vorsitzende und Anfang vergangener Woche auch als Intendantin von Radio Berlin-Brandenburg (RBB) zurücktrat und am Montag vom Rundfunkrat des Senders abberufen wurde, verfestigt sich in der Debatte die These, dass hier nicht nur ein unrühmlicher Einzelfall die Innung schädigt – sondern dass grundlegende Strukturprobleme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie unter einem Brennglas in der Sonne ein Feuer auslösten.

Die Vorwürfe in Stichworten: ein luxuriös ausgestattetes Büro, eine aufwendig renovierte Chefetage, ein teurer Dienstwagen (erworben mit satterem Presserabatt), dubiose Beraterverträge, dienstlich abgerechnete Abendessen zu Hause und versagende Kontrollinstanzen. Inzwischen ermittelt die Berliner Generalstaatsanwaltschaft wegen des Anfangsverdachts der Untreue und Vorteilsannahme; weitere Führungskräfte sind zurückgetreten. Neue Ungereimtheiten stehen ungeklärt im Raum.

Während die Unschuldsumutung gilt, setzt die Protagonistin auf eine stattliche Abfindung. Mit ihrem Jahresgehalt von zuletzt 303.000 Euro plus Bo-

nus war die 61-Jährige, die sich einst als Moderatorin der Enthüllungssendung „Panorama“ und mit Themen wie Korruption, Machtgier und Filz Renommee erwarb, selbst dem Bundespräsidenten eine satte Nasenlänge voraus.

Dabei ist Schlesinger mit ihrem fürstlichen Sälär in ihrem Kollegenkreis nicht einmal Spitzenreiterin: Tom Buhrow, der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, der bei seinem Amtsantritt 2013 „massive Einsparungen“ ankündigte, erhält nach ARD-Angaben eine „Grundvergütung“ von 413.000 Euro. Genau 8,42 Milliarden Euro kassiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk an Einnahmen. Welch heilige Kuh dabei die pauschal auf jeden Haushalt erhobene Rundfunkgebühr ist, unterstreicht die Dünnhäutigkeit, sobald über sie diskutiert wird. Das Wort „Zwangsgeld“ mag man bei den Sendern verständlicherweise gar nicht. Den Moderator Jörg Schönborn inspirierte dies in seiner Funktion als WDR-Chefredakteur vor Jahren zur Erfindung des Begriffs „Demokratieabgabe“.

Quer durch die Bevölkerungsgruppen gilt das nicht. Zuschauerquoten von neun (ARD) und sieben Prozent (ZDF) in der Altersgruppe zwischen 18 und 49 Jahren kommen nicht von ungefähr und sind auch mit Achtungserfolgen „junger“ Formate oder anderer digitaler Angebote nicht zu kompensieren. Gerade unter jüngeren (und weniger zahlungskräftigen) Menschen schlummert hier Protestpotenzial. Wer es gewohnt ist, anstelle von ARD, ZDF oder generell linearem Fernsehen Geld für Netflix oder andere Streamingdienste zu bezahlen, darf fragen, warum er zusätzlich ein Angebot finanzieren soll, das ihn überhaupt nicht interessiert.

Gewiss fänden theoretisch auch die Kneipe an der Ecke, der örtliche Bäcker und nicht zuletzt die Zeitungsverlage einen sinnvollen Verwendungszweck für

INFO

Die wichtigsten Gremien des öffentlichen Rundfunks

Rundfunkrat Er ist das wichtigste Gremium in öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. Er beruft und entlässt den Intendanten, wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats, genehmigt den Haushalt und überwacht den Sendeauftrag. Der Rundfunkrat des RBB hat am Montag mit 22 von 23 Stimmen die Intendantin Patricia Schlesinger abberufen, weil das Vertrauensverhältnis wegen des Verdachts der Untreue und Vorteilsannahme nachhaltig zerstört sei.

Verwaltungsrat Dieses Gremium kontrolliert Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Er wirkt wie ein Aufsichtsorgan und legt im Fall des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Bedingungen für die Anstellungen des Intendanten fest. Im Fall der berurlaubten Patricia Schlesinger entscheidet er, ob der Vertrag mit der Fernseh-Spitzenfrau unmittelbar gekündigt wird.

ARD Die Sendefamilie des Ersten Programms verfügt über insgesamt elf TV-Anstalten und 44 Radio-Stationen. Die ARD beschäftigt 23.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 2021 erzielte sie Einnahmen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro.



Mitarbeiter-Proteste vor der Sitzung des RBB-Rundfunkrats. FOTO: DPA

eine „Demokratieabgabe“, wenn sie monatlich von jedem Haushalt im Verbreitungsgebiet auf ihre Konten flösse, qualitätsunabhängig, per Einzugserrmächtigung und unter Strafanandrohung bei Nichtzahlung. Stattdessen aber konkurrieren die allgemein finanzierten Medienanstalten durch Online-Textbeiträge mit den privaten Regionalmedien, die ihrerseits zu betriebswirtschaftlicher Sparsamkeit gezwungen sind, während die Rundfunkgebühren wettbewerbs- und risikolos weitersprudeln – egal, ob jemand zusieht.

Ein weiterer sensibler Punkt ist die inhaltliche Ausgewogenheit. Wer heute ausgerechnet im strukturkonservativen System der Öffentlich-Rechtlichen nach liberalen oder konservativen Positionen sucht, der wird länger beschäftigt sein. Eine 2020er-Umfrage der Verbandszeitung „Journalist“ unter Volontärinnen und Volontären der ARD ergab – „wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“ – 57 Prozent für die Grünen, 23 für die Linke und knapp zwölf für die Sozialdemokratie. Die politische Realität im Land ist bekanntlich etwas differenzierter.

Dennoch: Dafür, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland zeitnah die Messe zu lesen, ist er zu gut. Was dieser Tage nicht zuletzt der RBB beweist, der sich bemerkenswert offen der aktiven Aufarbeitung an seiner Spitze verschrieben hat. Ein Rundfunk mit Qualität, der sich auf seinen Auftrag besinnt und dabei staatskritisch, bürgernah und vielseitig daher kommt, womöglich verschlankt durch die Streichung von Vielfachstrukturen, wird wieder breite Akzeptanz erfahren und regenerationsfähig sein. An Krisen, in denen er sich als objektive „vierte Gewalt“ bewähren kann, wird es in naher Zukunft nicht mangeln.

Im ZDF kommt am Samstag erst mal „Das große Deutschland-Quiz“. Unserer nutzt vorerst weiterhin oft und gerne die Mediatheken von A wie Arte bis Z wie ZDF neo. Diese geldwerte Erfindung ist nämlich wirklich spitze.

WISSENSDRANG

Seit die Frage der Bekämpfung der Corona-Pandemie die Gesellschaft polarisiert, sprechen nicht wenige von einer „Gesinnungsdiktatur“ und beklagen den Verlust der Meinungsfreiheit. Andere weisen darauf hin, dass man doch im öffentlichen Raum jede Menge auch radikale Meinungen antreffe. Die Behauptung, es gebe keine Meinungsfreiheit, sei eine Chimäre. Beide Gruppen haben recht. Sie sprechen von verschiedenen Dingen. Die Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht, das Meinungsäußerungen vor staatlicher Zensur und Überwachung schützt. Uns mangelt es derzeit an etwas anderem. Im antiken Griechenland wurde es Parrhesia genannt, wörtlich: Allessagenkönnen. Es ist die persönliche Freiheit, auch in ei-

Sich aufraffen zum Streit

Gegen die Gefahr, in eine Schweigespirale zu geraten, können alle etwas tun.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

ner sozial schwächeren Position unerwünschte Wahrheiten aussprechen zu können. Diese Freiheit wird durch Angst und Scham eingeschränkt. Sie entspringt unserer Angst vor sozialer Isolation und Bloßstellung. Bei kontroversen Themen sind die verschiedenen Seiten nicht im selben Maße bereit, sich öffentlich für ihre Überzeugungen und Einschätzungen einzusetzen. Das Lager, das mehr Bekennnisbereitschaft zeigt und sich lautstark für die eigene Sache einsetzt, wirkt einschüchternd. Die anderen wähen dann, in der Minderheit zu sein, und halten den Mund. Aber sie könnten auch anders. Das macht den Unterschied zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und einer die Meinung kontrollierenden Diktatur aus, wo Abweichler im Ge-

fängnis landen oder verschwinden. Gegen die latente Gefahr, aus Ängstlichkeit oder Bequemlichkeit in eine Schweigespirale zu geraten, ist man jedoch nicht wehrlos. Jeder Einzelne kann etwas dagegen tun, indem er sich aufrafft, auch dort die eigene Meinung zu äußern, wo man sie nicht für mehrheitsfähig hält. Eine freie Debatte erfordert, dass sehr viele Menschen bereit sind, soziale Risiken einzugehen. Allerdings sollte man schon überlegen, wie man spricht. Gerade die freimütige Kommunikation bedarf einer gewissen Höflichkeit, damit sie angenommen werden kann.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.